

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/93

20. Mai 1975

Nahost-Politik mit Verständnis akzeptiert

Bundesrepublik-Präsenz am Persischen Golf weiter ver-
stärken

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender des
Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-
Partei Vorstand

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Biedankopfs permanenter Wahlkampf

Die Opposition hat keine bessere Alternative

Seite 3 / 37 Zeilen

Die Jungen nicht allein lassen !

Ein kämpferisches Plädoyer für den demokratischen
Sozialismus

Von Harry Ristock
Mitglied des Vorstandes der SPD und des Senats von
Berlin

Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

Bremens SPD will ihren Vorrang sichern

Zur politischen Situation in der Freien Hansestadt

Von Hans Koschnick
Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen und Mit-
glied des SPD-Vorstandes

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Meussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Käliner Str. 10 - 112 Telefon: 376211

Nahost-Politik mit Verständnis akzeptiert

Bundesrepublik-Präsenz am Persischen Golf weiter verstärken

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

**Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender
des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand**

Mein Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Oman war der erste offizielle Besuch eines Vertreters der Bundesregierung in diesen Ländern, in denen wir erst seit sehr kurzer Zeit diplomatisch vertreten sind. Aus allen drei Staaten lagen Einladungen vor.

Im Verlaufe der Reise gab es Gelegenheit zu intensiven Gesprächen mit den jeweiligen Staatschefs sowie den wichtigsten Ministern. Im Mittelpunkt standen dabei außen- und wirtschaftspolitische Themen. Dabei spielten im außenpolitischen Teil der Gespräche der Nahostkonflikt, wie nicht anders zu erwarten war, eine dominierende Rolle. Die von uns dargelegte europäische Haltung gegenüber der israelisch-arabischen Auseinandersetzung und insbesondere die ausgewogene Politik der Bundesregierung in dieser Frage wurde überall mit Verständnis akzeptiert. Diese Politik wird einzig und allein bestimmt durch unser vitales Interesse an einer dauerhaften und gerechten Friedensregelung in dieser Region.

Die Bundesregierung hat ihre Nahostpolitik sowohl allein, als auch mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft wiederholt formuliert und präzisiert. Sie vertritt eine Haltung, die auf der Anerkennung der Sicherheitsratsentscheidungen Nr. 242 und Nr. 338 beruht. Mit ihren europäischen Partnern hat sie diese Haltung in der gemeinsamen Erklärung vom 6. November 1973 präzisiert und folgende Punkte als wesentlich für eine Friedensregelung hervorgehoben:

- die Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit aller Staaten der Region und zwar der arabischen Staaten und Israels gleichermaßen und ihres Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben;
- die Unzulässigkeit gewaltsamen Gebietserwerbs;
- die Notwendigkeit, daß Israel die seit 1967 aufrechterhaltene, terri-

toriale Besetzung beendet;

- die Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser.

Wir sehen das Schicksal des palästinensischen Volkes als ein eminent wichtiges politisches Problem. Nach unserer Überzeugung ist dauerhafte Friedenerregung im Nahen Osten ohne Einbeziehung der Palästinenser nicht erreichbar. Deshalb haben wir uns in der Palästina-Debatte der Generalversammlung der VN in unserer Erklärung vom 19. November 1974 erneut für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingesetzt.

Unsere bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Oman sind problemlos und freundschaftlich. Sie werden vor allem geprägt durch die engen wirtschaftlichen Beziehungen. In allen drei Ländern vollzieht sich im Augenblick auf der Basis der Einnahmen aus dem Erdölverkauf ein ganz erstaunliches und rasches wirtschaftliches Wachstum. In wenigen Jahren wurden Entwicklungen nachvollzogen, für die andere Länder Jahrzehnte und mehr brauchten. Die gesamte Region macht den Eindruck einer einzigen riesigen Baustelle. Fast täglich werden Projekte abgeschlossen und neue in Auftrag gegeben. Die deutsche Wirtschaft spielt in diesem Prozeß eine herausragende und wichtige Rolle, obwohl sie härtestem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist. So sind nach Auskunft der zuständigen Stellen in Oman 63 vH der in diesem Land tätigen ausländischen Firmen deutsche Unternehmen. Dies mag auch daran liegen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft dort über einen beachtlichen Good-will verfügen. Diesen gilt es zu erhalten und auszubauen. Auch das war ein Ziel der Reise.

Aber nicht nur als Auftraggeber für die deutsche Wirtschaft sind die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Oman von besonderer Bedeutung für die Bundesrepublik. Ebenso wichtig sind sie für uns als einem Land, das 95 vH seines Rohölbedarfs importieren muß, als wichtige Energielieferanten.

In allen drei Ländern wurde die Delegation freundschaftlich und herzlich aufgenommen. Die bisher schon sehr engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den besuchten Staaten konnten weiter vertieft werden. Dies wird und muß sich in einer weiteren Verstärkung unserer politischen und wirtschaftlichen Präsenz in dieser Region niederschlagen. (-/20.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Biedenkopfs permanenter Wahlkampf

Die Opposition hat keine bessere Alternative

Auch dem CDU-Generalsekretär bleibt nichts anderes mehr übrig, als die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der beiden Unions-Parteien offen zuzugeben: Die schwerwiegenden personellen und sachlichen Differenzen zwischen den Führungsgruppen der CDU und der CSU sind aller Welt inzwischen zu offenkundig geworden, als daß sie das Konrad-Adenauer-Haus noch mit Aussicht auf Erfolg abtreten könnte. In dieser Not greift Prof. Dr. Kurt Biedenkopf zu einem ebenso naiven wie schlechten Vernebelungsmittel: Er versucht mit einer Fülle von Interviews den Eindruck zu erwecken, als ob es in der Führungsspitze der SPD zu einer Art allgemeiner Auflösung gekommen sei. Dabei konzentriert sich der CDU-Generalsekretär auf die "Aussage", daß sich der Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt "völlig von der parteipolitischen Basis gelöst" habe und es ihm daher jetzt nur noch "mit Hilfe der Opposition als großer politischer Kraft" möglich sei, "die Politik zu machen, die er jetzt macht".

Es lohnt sich kaum, auf die offensichtliche Unsinnigkeit dieser Unterstellungen einzugehen. Die Primitivität, mit der der CDU-Generalsekretär unter seinem intellektuellen und politischen Niveau argumentiert, läßt nur noch den Schluß zu, daß er auch um den Preis seiner Glaubwürdigkeit mit Behauptungen um sich wirft, die den Realitäten so widersprechen, daß sie gerade noch in CDU-Pamphleten Platz finden dürften. Für die übrige politische Welt bleibt nur noch der Schluß übrig, daß der CDU-Generalsekretär als die eigentliche motorische Kraft der CDU-Führung entschlossen ist, den Wahlkampf entgegen aller Warnungen des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt doch zu einer permanenten Einrichtung zu machen. Man wird sich daher daran gewöhnen müssen, die Äußerungen Prof. Biedenkopfs, die er ja jetzt geradezu lamettaartig verstreut, unter diesem Rubrum einzuordnen und im übrigen dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung dies auch weiß.

Umso notwendiger ist es auf der anderen Seite, der sozialliberalen Bundesregierung und ihren Koalitionsparteien bei ihrer sachlichen und sachlich-aufbauenden Gesetzesarbeit und bei ihren ernsthaften Bemühungen zu helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Griff zu bekommen. Wenn man das sog. "Strategiepapier" der CDU, das auf dem Mannheimer Kongreß dieser Partei angenommen werden soll, mit seinen deutlich konservativen Zügen genau überprüft, dann weiß man ja, daß die Opposition auch heute noch über keine positiv-brauchbare Alternative zur Politik der Regierung Schmidt/Benscher verfügt, sondern nur alles "anders" machen möchte: Und anders heißt in diesem Fall ganz gewiß nicht besser. (ee/20.5.1975/ks/jB)

+ + +

Die Jungen nicht allein lassen I

Ein kämpferisches Plädoyer für den demokratischen Sozialismus

Von Harry Riatock

Mitglied des Vorstandes der SPD und des Senats von Berlin

Die Berichterstattung über meine Rede auf dem "Falken"-Kongreß war freundlich, durch die Verkürzung in Teilaspekten allerdings auch irrtümlich. Deshalb fasse ich hier meine Ausführungen, die Hauptpunkte der Diskussion und wesentliche Teile meines Schlußwortes noch einmal zusammen.

An der Darstellung des eigenen politischen Lebensweges, eingebettet in die politische Gesamtentwicklung Deutschlands in den letzten 30 Jahren, versuchte ich, die Position eines kämpferischen Sozialdemokraten zu verdeutlichen. Unmittelbar nach 1945 Überzeugter Sozialist geworden, führte ich bereits in meinen politischen Lehrjahren die politisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem, was in der damaligen sowjetischen Besatzungszone "Sozialismus" genannt wurde. Der Ulbricht-Kommunismus erschien mir damals - und andere Spielarten des Kommunismus erscheinen mir auch heute noch - als eine Umatülpung des marxistischen Anspruchs, Sozialismus als die volle Demokratisierung der Gesellschaft von unten her zu verstehen.

Die Herrschaft von Politbüro, Zentralkomitee und Partei über das Volk und die Arbeitnehmer stellt eine jakobinische, elitäre unsozialistische Verengung dar, die nicht der Befreiung des Menschen dient, sondern erneute Einengungen und Entwürdigungen mit sich bringt. Die atalinische-cäesarische Form stellte für Millionen von Menschen eine barbarische, mörderische Zersetzung dar. Der Marxismus wurde zur ideologischen Hülle eines im Kern verbrecherischen Regimes.

Mein Weg in die Sozialdemokratie resultiert aus der Erkenntnis, daß diese Partei bei allen ihren Mängeln als einzige Kraft in Deutschland in der Lage sein wird, demokratischen Sozialismus, d.h. die Realisierung der Demokratie in diesem Lande, zu ermöglichen. Im demokratischen Sozialismus liegt die konkrete Utopie eines ungeteilten sozialistischen Deutschlands. Diese Utopie wird sich eines Tages auf friedlichem Wege realisieren lassen, wenn die DDR tatsächlich sozialistisch und die Bundesrepublik z.B. in Ausfüllung der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes wirklich voll demokratisiert sein wird.

Die reaktionären und konservativen Kräfte in der Bundesrepublik sehen sowohl in den kleinbürgerlichen kriminellen Grüppchen à la Baader-Meinhof

wie auch im Gebrüde von linken Sektiererguppen einschließlich der DKP in keiner Weise einen Gegner. Sie bilden eher einen Nährboden für ihre Agitation gegen Reform und Demokratisierung und gegen die sozial-liberalen Kräfte dieses Landes. Die Ausführungen von Strauß in Sonthofen und die Entführung von Peter Lorenz in Berlin durch kleinbürgerlich-elitäre Kriminelle stellen nur unterschiedliche Varianten des undemokratischen Ungeistes an den Rändern unserer Gesellschaft dar. Für die CDU/CSU, ihre Finanziere und eigentlichen Auftraggeber, bleibt die deutsche Sozialdemokratie die eigentliche Gegenkraft. Dies muß uns bewußt sein, und wir müssen begreifen, daß der Gegner und Feind nicht in der eigentlichen Partei, sondern in den konservativen, in den reaktionären Gruppen aller Schattierungen liegt. Zu ihnen zählen auf eine besondere Weise auch reaktionäre Kommunisten.

Unsere Solidarität hat sowohl den Jungezialisten als auch Bundeskanzler Helmut Schmidt zu gelten. Wer das auflösen will, wird objektiv zum Helfershelfer der Reaktionäre. Der sozialistische Jugendverband "Die Falken" gehört unbedingt zum Spektrum der sozialdemokratischen Bewegung. Die Absicht, ihn in eine Distanz zur Sozialdemokratie zu bringen, wie auch der Versuch einzelner "Falken"-Mitglieder, sich selbst von der SPD zu distanzieren, schwächt die beiderseitige Position. Nur in der, wenn auch manchmal sehr schwierigen, vollen Verzahnung lassen sich allen Teilen dienende Kräfte gewinnen.

Die Diskussion auf dem "Falken"-Kongreß zeigte im großen und ganzen trotz der in einzelnen Beiträgen aufflackernden verbalen Kontroverse eine erhebliche Praxisnähe. Die Bestimmung der eigentlichen Bezugsgruppe, nämlich der Arbeiterjugend, ist Zielrichtung und Chance dieses Verbandes. Die zum Teil noch schwärmerische, undifferenzierte und insofern schädigende Betrachtung von "Kommunismus" muß aufgearbeitet werden. Klar ist, daß theoretische Auseinandersetzungen zum Beispiel mit dem DDR-Kommunismus unsere seit 20 Jahren geprägte Auffassung über die reale Existenz der DDR nicht aufheben. Im Gegenteil: Es ist die offensive geistige Auseinandersetzung zu führen mit jenen Teilen des Kommunismus, die weiterhin in autoritären und totalitären Formen und Strukturen verbleiben, und es sind Brücken zu schlagen zu jenen, die sich der eigentlichen Bestimmung sozialistischer Politik wieder annähern, wie zum Beispiel die italienischen Kommunisten oder die Reformen im osteuropäischen Bereich. Für Sozialisten ist der Sozialismus unteilbar, dies gilt - Schwedens Ministerpräsident Olof Palme hat das deutlich gemacht - für unsere Auffassung zum Krieg in Vietnam ebenso wie zum Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR.

Abschließend: Wer sich im breiten Spektrum der Sozialdemokratie über zweieinhalb Jahrzehnte aktiv fördernd und arbeitend auseinandergesetzt hat, kennt die Aufgabe, die Jungen nicht allein zu lassen. Niemand darf sich aus hierarchischer Arroganz seiner pädagogischen und politischen Verantwortung entziehen. Dieser "Falken"-Kongreß war also sicher auch ein Erfolg für die deutsche Sozialdemokratie. (-/ 20.5.1975/ks/pr)

+ + +

Bremens SPD will ihren Vorrang sichern

Zur politischen Situation in der Freien Hansestadt

Von Hans Koschnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt
Bremen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Als eine "Veranstaltung ohne Glanz" hat eine Bremer Tageszeitung den Landesparteitag der Bremer Sozialdemokraten bezeichnet. Sicherlich war diese Feststellung nicht nur freundlich gemeint, aber sie trifft genau den Kern. Wer dramatische Redeschlachten und feurige Debatten erwartet hatte, den haben die Sozialdemokraten des Landes Bremen enttäuscht. Sie haben auf eine Schau fürs geneigte Publikum verzichtet. Stattdessen haben sie sich mit nüchternen Zahlen, Fakten und Daten herumgeschlagen, denn Wahlkampföffnung hin, Wahlkampföffnung her, zunächst einmal ging es darum, den "Bremen-Plan" für die nächste Legislaturperiode zu verabschieden. In einem schmalen, aber inhaltereichen Papier ist festgeschrieben worden, was Bremens Sozialdemokraten sich in den vier Schwerpunktbereichen - Sicherung der Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Chancengleichheit im Bildungswesen, Innere Sicherheit - für 1976, 1977, 1978 und 1979 vorgenommen haben.

Damit kein Irrtum entsteht: Der "Bremen-Plan" ist alles andere als eine mehr oder minder unverbindliche Absichtserklärung. Er stützt sich vielmehr auf die Daten der Finanzplanung, er ist - um es mit einem Wort zu sagen - grundsolide. Und wo es notwendig ist, da schreckt er auch vor unpopulären Aussagen nicht zurück, so z.B. mit der Ankündigung von Gewerbesteuer- und Grundsteuererhöhungen. Denn dies ist die Überzeugung der Bremer Sozialdemokraten: Wer politische Führungsansprüche anmeldet, der darf den Wähler nicht nach dem Mund reden, der muß vielmehr auch schmerzliche Notwendigkeiten und Sachzwänge aufzeigen. Er muß argumentieren und er muß um Verständnis werben, aber er kann sich nicht den Luxus von nichtssagenden Sonntagsreden leisten.

Mit dieser Maxime ist die Bremer SPD in der Vergangenheit gut gefahren. Sie hat nicht mehr versprochen, als sie zu leisten imstande war. Im Gegenteil, sie ist manchmal eher zu vorsichtig gewesen; als jetzt Bilanz gezogen wurde über den "Bremen-Plan 1971-1975", da stellte sich heraus, daß er in weiten Bereichen nicht nur erfüllt, sondern sogar übererfüllt worden war. Dies stärkt selbstverständlich das Selbstvertrauen in der SPD, es stärkt aber auch das Vertrauen der Wähler zu denjenigen, denen sie vor vier Jahren mit der Macht des Stimmzettels zur absoluten Mehrheit verholfen hatten. Diese absolute Mehrheit hat die SPD genutzt, um das Land Bremen wirtschaftlich, sozial und kulturell nach vorn zu bringen.

Die SPD wird sich deswegen am 28. September 1975 mit einiger Gelassenheit dem Urteil des Wählers stellen. Sie hat hart gearbeitet, sie hat ihre Pläne und Absichten in die Tat umgesetzt. Allerdings: Bremens SPD ist deswegen nicht überheblich geworden. Sie weiß sehr genau, daß

Wehlerfolge nicht vom Himmel fallen, sondern jedesmal aufs neue schwer erkämpft werden müssen. Diesmal wird sie die Wähler davon zu überzeugen haben, daß es um der inneren Weiterentwicklung des Gemeinwesens Bremen und Bremerhaven willen notwendiger denn je ist, Sozialdemokraten zu wählen. Nur die SPD kann dafür garantieren, daß der neue wirtschaftliche Aufschwung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer eingeleitet wird; nur die SPD kann dafür garantieren, daß das Netz der sozialen Sicherheit weiter verfeinert wird; nur die SPD kann dafür garantieren, daß der Begriff Solidarität mit Leben ausgefüllt wird für die Alten, die Behinderten und die Kranken; nur die SPD kann dafür garantieren, daß Schritt für Schritt die Chancengleichheit im Bildungsbereich verwirklicht wird; nur die SPD kann dafür garantieren, daß das Bemühen um mehr innere Sicherheit nicht mehr als der selbstverständliche Kampf gegen die Kriminalität verstanden wird, sondern auch und vor allem als verstärktes Bemühen um soziale Integration.

Wie die SPD das alles erreichen und verwirklichen will, das ist in ziemlich schmucklosen Worten im neuen "Bremen-Plan" niedergelegt worden. Hier sind keine tagträumenden Weltverbesserer am Werk gewesen, auch keine radikalen Veränderer: Hier hat sich nüchterner Sachverstand vereint mit gesellschaftspolitischem Grado der Sozialdemokraten. Auf dem Landesparteitag gab es keinen Anlaß für Hurra-Stimmung, es gab aber auch keinen Anlaß für schwunglosen und kurzsichtigen Pragmatismus.

Eine noch: Die Einmütigkeit der Bremer Sozialdemokraten - der "Bremen-Plan" wurde ohne Gegenstimmen verabschiedet - hat ihren Gegnern offenbar die Sprache verschlagen. Sie hatten innerparteiliche Demokratie und innerparteiliche Diskussion mit inneren Schwierigkeiten verwechselt. Der Landesparteitag mit seinen programmatischen Aussagen, die von allen Mitgliedern ohne Abstriche getragen werden, hat sie eines Besseren belehrt. Die Bremer CDU weiß nun, falls sie jemals daran gezweifelt haben sollte, daß die Bremer SPD den Wahlkampf geschlossen und offensiv führen wird. Die CDU weiß auch, daß ihr kein Ausweichen vor den drängenden Fragen unserer Zeit gestattet werden wird. Sie wird in diesem Wahlkampf Antworten geben müssen, sie wird sich also nicht drücken können, wie es der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ihr in Sonthofen empfohlen hat.

Bremens FDP, seit 1971 in der Opposition, ist seit langem um eine ausgleichende Position der Mitte bemüht; nicht ohne Erfolg, wie auch die regierenden Sozialdemokraten zugeben müssen. Im Juni will die FDP eine Koalitionsaussage treffen. Ob sie sich an den guten Erfahrungen der sozial-liberalen Koalition in Bonn und anderswo orientiert oder am eher negativ verlaufenen Experiment in Rheinland-Pfalz, das muß abgewartet werden.

Eine jedoch ist heute schon klar: Die SPD im Lande Bremen kämpft nicht um eine Neuaufgabe der Koalition mit der FDP. Sie kämpft um die Festigung ihrer absoluten Mehrheit. Falls dies Wahlziel erreicht wird, dann ist die Koalitionsfrage gegenstandslos geworden.

(-/20.5.1975/bgy/pr)